

Inhalt

Vorwort: ein parlamentarisches Experiment	9
Göttinger Junge Forschung	10
1. Einleitung	15
1.1 Die Minderheits-Ministerpräsidentin: zur Relevanz des Themas	15
1.2 Minderheitsregierungen in Deutschland: zum Forschungsstand	19
1.3 Theoretisches Setting: historischer und akteurzentrierter Institutionalismus	25
1.4 Zum Aufbau der Arbeit	30
2. Minderheitskabinette im nordrhein-westfälischen Regierungssystem: Verfassungsrecht und Verfahrensregeln	33
2.1 Die Investitur des Ministerpräsidenten	34
2.2 Positionale Vorteile: zur mittigen Lage von Minderheitsregierungen	37
2.3 Ausschusswesen: „probably the most important feature favoring minority governments“	44
2.4 Minderheitsregierungen und Agendasetzermacht	47
2.5 Die Vorteile des Verwaltungshandeln	50
2.6 Das Landesverfassungsgericht als Vetospieler	52
2.7 Opposition und Minderheitsregierungen: Interaktionen und Zwangslagen	56
3. Die Gesetzgebung der Minderheitsregierung 2010 bis 2012	63
3.1 Die oppositionelle Unterstützung der Minderheitsregierung	63

3.2	Gesetzgebung, Änderungen und Ausschüsse	67
3.3	Die Performanz des Minderheitskabinetts 2010 bis 2012 im Vergleich zu den Vorgängerregierungen	70
4.	Die Einsetzung der rot-grünen Minderheitsregierung	75
4.1	Historische und politisch-kulturelle Determinanten der Regierungsbildung	75
4.2	Die Einsetzung der rot-grünen Minderheitsregierung 2010: Bestimmungsfaktoren	81
4.2.1	Nach dem 14. Mai 2010: Pattsituation im Landtag	81
4.2.2	Geschäftsführendes Minderheitskabinett und Regieren aus der Opposition heraus	84
4.2.3	Die Formierung der rot-grünen Minderheitsregierung	86
5.	Entscheidungsfindung im Konsens: der Schulkompromiss von SPD, Grünen und CDU	91
5.1	Konsensuale Entscheidungsfindung und Interaktionsformen	91
5.2	Schulpolitik im deutschen Föderalismus und die schulpolitischen Vorhaben der rot-grünen Minderheitsregierung	92
5.3	Die Bevölkerung als Vetomacht: gesellschaftliche Rahmenbedingungen in der Schulpolitik	95
5.4	Das Scheitern des Schulversuchs	99
5.5	Der Schulkonsens von SPD, Grünen und CDU	101
5.5.1	Ausgangslage	101
5.5.2	Der realisierte Schulkonsens: eine (un-)mögliche Lösung	103
5.5.3	Die Aushandlung des Schulkonsenses	105

6. Unilaterale Entscheidungsfindung und Agendasetzermacht: Haushaltsgesetz 2011	115
6.1 Unilaterale Entscheidungsfindung und Interaktionsformen	115
6.2 Vorbedingungen: der Nachtragshaushalt 2010 und das Urteil des Landesverfassungsgerichtes	119
6.3 Haushalt 2011	123
6.3.1 Ausgangslagen	123
6.3.2 Haushalt 2011: Gesetzgebung und Agendasetzermacht	125
7. Haushaltsgesetz 2012: das Scheitern der Minderheitsregierung	133
7.1 Vorbedingungen und Interaktionsformen	133
7.2 Strategien und Parteipositionen	135
7.2.1 Strategien	135
7.2.2 Parteipositionen	138
7.3 Das Scheitern der Minderheitsregierung	141
8. Zusammenfassung und Ausblick	145
Literatur- und Quellenverzeichnis	151
Literatur	151
Onlinequellen	159
Gerichtsurteile	161
Koalitionsverträge und Wahlprogramme	162
Landtagsdokumente	162
Ausschussprotokolle	162
Gesetzesentwürfe und Entschließungsanträge	163
Plenarprotokolle	164
Anhang	165
Liste der als Schlüsselentscheidungen eingestuften Gesetze	165